

Antrag am 13.12.2011 an den Stadtteilbeirat Gröpelingen

Notwendige Förderung von Arbeitslosen sicherstellen

Rund ein Drittel der Menschen in Gröpelingen ist von Leistungen des SGB-II abhängig. Für eine positive Entwicklung des Stadtteils muss alles getan werden, um diese hohe Quote zu verringern.

1. Der Stadtteilbeirat bedauert, dass durch die Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik die sozialversicherungspflichtige öffentliche Beschäftigungsförderung stark zurückgefahren und durch InJobs ersetzt wird.
2. Der Stadtteilbeirat fordert, dass in die weitere Umsetzungsplanung nicht nur die Geschäftsführungen der Träger, sondern auch die jeweiligen Betriebsräte mit einbezogen werden.
3. **Der Stadtteilbeirat fordert den Senat und das Jobcenter auf sicherzustellen, dass die sozialen Stadtteilprojekte weitergeführt werden können. Sollte ihr Bestand durch das Nichterreichen der vorgeschriebenen Eigenerlöse oder weitere Kürzungen gefährdet sein, so muss gerade in Gröpelingen eine alternative Perspektive eröffnet werden - ggf. auch durch beizusteuernde Landesmittel.** Dabei ist sicherzustellen, dass die fehlenden Fördermittel gemäß §16e SGB II ressortübergreifend ausgeglichen werden.
4. Im Bremer Westen gibt es relativ wenige Menschen, die das Jobcenter intern dem „Marktprofil“ zuordnet. Dafür aber einen deutlich höheren Anteil im „Stabilisierungsprofil“. Daher bedarf es gerade im Bremer Westen längerfristiger Stabilisierungsmaßnahmen, um Menschen in das Marktprofil zu bringen. **Eine Reduzierung der InJob's auf eine Regel-Laufzeit von nur noch 6 Monaten wird daher vom Stadtteilbeirat abgelehnt.**
5. Mit Änderung des SGB-II war eine Betreuungsquote von 1 zu 150 bzw. 1 zu 75 bei u25jährigen vorgesehen. Derzeit betreut ein Fallmanager noch immer ca. 350 Menschen - bei den u25jährigen weniger. Das führt in der Praxis dazu, dass er sich auf „aussichtsreiche“ Kunden beschränken muss. **Der Stadtteilbeirat fordert, dass im Jobcenter West deutlich mehr Fallmanager (Verdopplung) zum Einsatz kommen,** damit ein an den konkreten Problemen des Einzelnen orientierte Betreuung möglich ist. Sonst ist der selbst formulierte Auftrag des Jobcenters, möglichst viele Menschen zu erreichen, nicht zu verwirklichen.
6. Neben der öffentlichen Beschäftigungsförderung ist es entscheidend, dass jeder Mensch die für ihn notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen - z.B. eine Ausbildung oder eine Umschulung - erhalten kann. **Der Stadtteilbeirat fordert, dass keine sinnvolle Qualifizierungsmaßnahme am fehlendem Geld scheitern darf.** Es ist für die positive Entwicklung des Stadtteils nicht zielführend, wenn sich durch wenige Fallmanager auch wenig Qualifizierungsbedarf ergibt.
7. Die derzeitige Statistik des Jobcenters zeigt anhand vorzeigbarer Vermittlungserfolge eine gute Arbeit. Allerdings fällt ein Gesamtüberblick schwer. Der Stadtteilbeirat ist sich mancher Multi-Problemlagen - kein Schul- bzw. Ausbildungsabschluss, Sucht-, Gewalt- oder Kriminalitätshintergrund, ungenügende Deutschkenntnisse - bewusst. Gerade bei den u25jährigen darf aber niemand zurückgelassen werden. **Der Stadtteilbeirat wünscht daher, dass zukünftig mindestens Übersichten geführt werden, aus denen die Entwicklung der Gesamtgruppe der u25jährigen ersichtlich ist.**
8. Der Stadtteilbeirat begrüßt, wenn das Jobcenter in Zusammenarbeit mit dem Senator für Arbeit z.B. auf Migrant/innen zugeschnittene Sonderprogramme initiiert. Er bietet seine Unterstützung bei der Gewinnung von evtl. Bundes- oder europäischen Sonderprogrammen für den Bremer Westen an.